

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Wahl-Schlappe

Den Haag (spk) Verlierer der Wahlen zu den 12 niederländischen Länderparlamenten ist die sozialdemokratische «Partei der Arbeit» PvdA, die auf nationaler Ebene zusammen mit den Christdemokraten die Regierung stellt. Von 33 Prozent der Stimmen im Jahr 1987 ist sie auf 20,4 zurückgefallen. Die linksliberalen «Demokraten 66» verbesserten sich um 8,9 Punkte auf 15,6 Prozent der Wählerstimmen.

Kriegsparteien verhandeln

Genf/Riad (spk) Gespräche über die Rückführung aller Kriegsgefangenen und festgehaltenen Zivilisten haben am Donnerstag auf Einladung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Riad begonnen. An den Gesprächen nehmen Vertreter des Irak und Kuwaits sowie der alliierten Streitkräfte teil. Die irakische Delegation ist in einem vom IKRK gecharterten Flugzeug angereist.

Autonomes Kurdistan

Paris (spk) Die mehrheitlich sunnitischen Kurden fürchten nach Angaben der Patriotischen Union des irakischen Kurdistan (PUIK) eine totale Machtübernahme der Schiiten in Bagdad und kämpfen deshalb für ein autonomes Kurdistan in einem irakischen Bundesstaat. Dies hat PUIK-Präsident Dschalal Talabani gegenüber dem «Quotidien de Paris» vom Donnerstag erklärt.

Benzin wird drei Rappen teurer

Zürich (AP) Die Schweizer Treibstoffpreise entwickeln sich uneinheitlich. Mehrere Mineralölgesellschaften kündigen für Benzin einen Aufschlag auf den Antriebspreisen um je drei Rappen pro Liter an, der am heutigen Freitag in Kraft tritt; einzelne Firmen warteten mit der Anpassung noch zu, schlossen aber ein Nachziehen nicht aus, wie eine AP-Umfrage zeigte. Der Dieselloilpreis wurde von allen massgeblichen Mineralölgesellschaften bereits am gestrigen Donnerstag um fünf Rappen je Liter zurückgenommen.

Auch 1991/92 kein Werkjahr in Schaan

Weil das Interesse für das Werkjahr weiterhin bescheiden ausgefallen ist, hat das Schulamt beschlossen, auch für das Schuljahr 1991/92 kein Werkjahr anzubieten. Das Werkjahr war vor einigen Jahren für Jugendliche mit einem Oberschulabschluss angeboten worden. Zu dieser Entscheidung haben, wie aus der neuesten Ausgabe der Informationsschrift «Schule wohin» hervorgeht, auch «schulorganisatorische Probleme», insbesondere Raumnot im Schulhaus Resch in Schaan, wo das Werkjahr einquartiert war, beigetragen. Im Gegensatz dazu wird nach Auskunft des Schulamtes an der Realschule St. Elisabeth das freiwillige 10. Schuljahr als berufsvorbereitende Schule für Absolventen der Realschule weiterhin angeboten.

frick FENSTER
FÜR DAS ALTE UND DAS NEUE HAUS
Geh zum Fenster Frick er weiss Bescheid.
ferdinand frick ag
Fenster und Fassadenbau
9494 Schaan
Telefon 075 / 27474 Telefax 075 / 29984

Grundsätze des Partnerschaftsprinzips in der Familienrechtsreform

Die Regierung hat dem Landtag einen Bericht und Antrag über die Reform des Ehe- und Familienrechts unterbreitet – Gesamtheitliche Reform

(G.M.) – Die Grundsätze der Partnerschaft und die Gleichberechtigung von Mann und Frau stehen als Schwerpunkte im Mittelpunkt der Ehe- und Familienrechtsreform, die als Bericht und Antrag an den Landtag vor wenigen Tagen ging. Die Regierung hat sich seit einigen Jahren intensiv mit dieser Thematik befasst, wobei von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille bereits 1987 ein umfangreicher Grundlagenbericht ausgearbeitet wurde, dem ein Jahr später ein Bericht an den Landtag folgte. Damals nahm das Parlament weitgehend zustimmend von den Absichten des Ressorts Justiz zur Ehe- und Familienreform Kenntnis, so dass die gesetzlichen Bestimmungen auf dieser Grundlage ausgearbeitet werden konnten.

Die Ehe- und Familienrechtsreform im Fürstentum Liechtenstein erfolgt, wie die Regierung in früheren Berichten an den Landtag schon ausführte, weitgehend auf der Grundlage der entsprechenden Reform im Nachbarland Österreich. Die Regierung macht in ihrem Bericht an den Landtag geltend, dass dieses Vorgehen aus Gründen der liechtensteinischen

Rechtstradition und unter Bedachtnahme auf die Herkunft des zu ändernden Normenbestandes gewählt wurde. Die schweizerische Lösung, die sich von der österreichischen Praxis – wie im Grundlagenbericht von Regierungschef-Stellvertreter Wille eingehend dargestellt – etwas unterscheidet, soll nur für jenen Normenbereich beibehalten werden, in denen sich das liechtensteinische Recht schon heute nach schweizerischen Vorbildern orientiert. «Nur auf diese Weise», unterstreicht der Regierungsbericht an den Landtag, «kann eine allen Bewohnern in gleicher Weise dienliche und auch gerichtlich durchsetzbare einheitliche Kodifikation sichergestellt werden, die unsaubere und daher konfliktträchtige Nahtstellen hintanhält.»

Partnerschaftsprinzip

Unabhängig davon, hält der Bericht der Regierung weiter fest, ob nun die neuen liechtensteinischen gesetzlichen Bestimmungen auf der Rezeption österreichischer oder aber schweizerischer Rechts beruhen, soll die Reform in erster Linie die Grundsätze des Partnerschafts-

prinzips und der Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklichen. Deshalb werde auch so weit als möglich eine geschlechterneutrale Fassung der in Betracht kommenden Gesetzesbestimmungen angestrebt.

Auf dieser Grundlage erfasst die liechtensteinische Ehe- und Familienrechtsreform im wesentlichen drei Normenbereiche: Einmal in bezug auf die reinen Persönlichkeitsrechte des Personen- und Gesellschaftsrecht, zum anderen das Ehegesetz hinsichtlich der Bestimmungen über die persönlichen Rechtswirkungen der Ehe sowie über das Trennungs- und Scheidungsfolgenrecht sowie schliesslich das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch mit den Auswirkungen auf das Kindschfts- und Vormundschaftsrecht, das Erbrecht und das eheliche Güterrecht.

Grundsätzliche Übereinstimmung

Als der erste Bericht der Regierung über das Ehe- und Familienrecht im Landtag im Sommer 1988 zur Diskussion stand, ergab sich für die Grundsätze weitgehend Übereinstimmung. Allerdings erklärte sich die Fraktion der Vaterländi-

chen Union (VU) nicht ganz einverstanden mit der geplanten Vorgehensweise der Regierung, die eine Gesamtreform vorgeschlagen hatte. Die VU-Fraktion sprach sich hingegen, vor dem Hintergrund von Motionen, die sie vorher eingereicht hatte, für ein vordringliches Handeln von Fragen des Vormundschaftsrechtes aus. Die Regierung hatte hingegen für eine grosse Reform «in einem Zuge» plädiert und sich gegen eine «Reform in mehreren kleinen Schritten» ausgesprochen. Als Begründung führte sie an, dass eine Reform in mehreren Teilschritten teilweise Änderungen einzelner Bestimmungen, je nach Massgabe des Fortschreitens der Reform, notwendig mache. Da die VU-Fraktion sich von dieser Argumentation nicht beeinflussen liess, wurde das Vormundschaftsrecht, vorbehaltlich der geplanten Gesamtreform, vorgezogen und die diesbezüglichen Änderungen in Richtung Gleichberechtigung in Kraft gesetzt.

Wenn der Landtag in seiner nächsten Sitzung auf die Ehe- und Familienrechtsreform eintritt, dann hat er drei verschiedene Gesetze zu behandeln: Einmal die Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts, zum zweiten die Änderung des Ehegesetzes und drittens die Revision des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches.

Hinzu kommt eine Änderung des Gesetzes über die Jurisdiktionsnorm, bei der es um Fragen der Zuständigkeit der Gerichte geht, sowie die Abänderung des Gesetzes über das Rechtsfürsorgeverfahren mit einer Präzisierung zum Ermittlungsverfahren bei entsprechenden gerichtlichen Verfahren.

Den eigenen Weg jeden Tag ein Stück weitergehen

Gedanken zum heutigen Internationalen Tag der Frau – Von Elisabeth Marxer-Ospelt

Beim Nachdenken über diesen Tag blieb ich schnell einmal bei der Frage hängen: Braucht es ihn überhaupt, diesen Tag der Frau und was bedeutet er? Logischerweise müsste es auch einen Tag des Mannes geben – oder tönt diese Folgerung schon ketzerisch! Wenn dieser 8. März Frauen und Männer zu Gedanken allerlei Art zum Thema Frauen anregt, dann könnte ich seine Berechtigung einsehen. Denn das Thema «Frauen» ist ja bekanntlich unerschöpflich. Da liessen sich Fäden ins Unendliche spinnen in alle Richtungen...

Frauen und Macht, beispielsweise eine spannende Kombination. Dabei denke ich weniger an die Macht in der Masse, die Frauen ja wirklich ausüben könnten, wenn sie zusammenstünden, sondern an die Macht als einzelne Person und Persönlichkeit. Macht ist bis heute doch eher ein Begriff, der den Männern zugeordnet wird. Soll es überhaupt für Frauen ein Ziel sein, Macht in dem Sinn auszuüben, wie Männer es tun? Oder ist nicht allein schon das Wort Macht mit allzuviel Negativem behaftet? Doch das sind Fragen, die sich Frauen selber beantworten müssen.

Jedenfalls zeigt ein Blick auf die politische Weltbühne, wie sehr Macht eine Männerdomäne ist. Von der zurückgetretenen Premierministerin Thatcher abgesehen gibt es wenig einflussreiche und prägende Frauen auf höchster politischer Ebene. Ob Frau Thatchers Verkörperung von Macht wirklich das ist, was sich Frauen für Frauen in dieser Position vorstellen und wünschen, blei-

be dahingestellt. Ich denke aber, dass es eine Frau wie die englische Premierministerin nicht immer einfach hatte in dieser Männerbastion zu bestehen, und sie sich vielleicht dem Machtverständnis der Männer einfachheitshalber so sehr anpasste. Sicher wäre es unbedingt wünschenswert, mehr Frauen in vorderen Positionen, egal ob in Wirtschaft oder Politik anzutreffen. Es wäre aber auch wichtig, dass sich Frauen den Begriff Macht selber neu definieren und dann die Macht keinesfalls zur Verfolgung ihrer Ziele nützen.

Frau und Familie – Frau und Karriere – oder beides? Die Entscheidung einer Frau für Kinder oder Karriere fordert bestimmt von jeder Betroffenen viel Mut und Kraft. Für welchen Weg man sich auch immer entschliesst mag, später werden immer wieder Zweifel an der Richtigkeit des damaligen Entscheides aufkommen. Damit müssen wir Frauen wohl leben lernen. Wichtig ist aber letztlich nur, dass wir das, was wir tun, aus innerer Überzeu-

gung und mit ganzem Herzen machen. Dann fällt es bestimmt nicht so schwer, falls man sich für die Familie entscheiden hat, dem oft abwertend gebrauchten Begriff der «Nur-Hausfrau» gegenüberzutreten. Schliesslich muss ja auch die Karrierefrau damit zu Rande kommen, dass sie für egoistisch und kinderfeindlich angesehen werden kann. In beiden Lebenssituationen gibt es für Frauen nur eines, das zählt: Sich ihres Wertes bewusst sein und den selbstgewählten Weg jeden Tag neu ein Stück weitergehen.

Wichtig ist, dass wir Frauen über uns selbst nachdenken, uns klar werden, aus welchen Wertvorstellungen heraus wir handeln und Massstäbe setzen und dass wir uns unseres Wertes voll bewusst sind.

Wenn es uns gelingt, aus diesem Bewusstsein heraus unseren Alltag zu leben und unsere Ziele zu verwirklichen, sind wir einen grossen Schritt weitergekommen. Dann ist jeder der 365 Tage im Jahr ein Tag der Frau.

Keine Einigung mit Bischof Haas erzielt

Schweizer Bischofskonferenz glaubt nicht mehr an Dialog mit dem Churer Bischof

Bern (spk) Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) glaubt nicht mehr an einen Dialog mit dem Churer Bischof Wolfgang Haas. In einer Erklärung, die am Donnerstag an einer Pressekonferenz in Bern abgegeben worden ist, hofft die SBK lediglich noch auf ein Einsehen Bischofs Haas zum 3. Bildungsweg des Theologiestudiums am Priesterseminar Chur.

Die Bischofskonferenz hat ausserdem einen Aufruf zur Debatte im Nationalrat zur Gentechnologie erlassen, die noch in dieser Frühjahrsession geführt werden soll. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die christliche Lehre und fordert, das zivile Recht auf die christliche Ethik abzustimmen.

Der Churer Bischof Haas hat schon vor geraumer Zeit verlauten lassen, dass er künftig keine Laientheologinnen und Laientheologen mehr im Priesterseminar St. Luzi in Chur dulde. Die Schweizer Bischofskonferenz hält demgegenüber in ihrer nach der dreitägigen Konferenz von Luzern abgegebenen Erklärung fest, dass es sich beim 3. Bildungsweg des Theolo-

giestudiums in Chur um ein für die ganze deutschsprachige Schweiz wichtiges Werk handle. Sie hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass Haas wenigstens in dieser



Die Schweizer Bischofskonferenz glaubt nicht mehr an einen Dialog mit Bischof Wolfgang Haas. (Archivbild)

Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen habe.

Es wäre unvernünftig, das heutige bewährte System der theologischen Bildung aufzugeben, sagte SBK-Sekretär Roland B. Trauffer. Man könnte von einem «Missmanagement der Kirche» sprechen, wenn jetzt auf die Forderungen von Bischof Haas eingegangen würde, wonach das Priesterseminar in Chur nur noch Priesteramtskandidaten vorbehalten bliebe.

Spannungen nicht abgebaut

Die Spannungen rund um Bischof Wolfgang Haas hätten noch keineswegs abgenommen, stellt die Bischofskonferenz in ihrer fünf Punkte umfassenden Erklärung fest. Sie verschärfte sich vielmehr noch, wie aufgrund von Berichten und Zuschriften festzustellen sei. Die SBK bekräftigt, jeder Bischof trage selber die Verantwortung für sein Bistum. Die Bischofskonferenz habe keine Kompetenz, ihm irgendwelche Entscheide aufzuzwingen oder zu verbieten.

Teuerungsschub im Februar

Bern (AP) Die Teuerung in Liechtenstein und der Schweiz erweist sich hartnäckiger als erwartet. Die Konsumentenpreise erhöhten sich im Februar gegenüber dem Vormonat um 1,0 Prozent und innert Jahresfrist um 6,2 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag mitteilte. Der Teuerungsschub erfasste sämtliche Bedarfsgruppen sowie Inland- und Auslandswaren im gleichen Ausmass. Das BIGA erwartet eine Entspannung nicht vor Mitte Jahr und bezeichnet die Inflationsbekämpfung weiterhin als vordringliche Aufgabe.

Das Wiedererstarke der Teuerung hatte sich bereits aufgrund der letzten Meldungen aus den Grossstädten angekündigt, liegt aber noch leicht über den Erwartungen. Letztmals war im vergangenen Oktober mit 6,4 Prozent eine höhere Jahresteuerung und im vergangenen August mit 1,1 Prozent einer höheren Monatssteuerung registriert worden. Im Dezember und Januar lag die Jahresteuerung bei 5,3 und 5,5 Prozent und vor Jahresfrist bei 4,9 Prozent.

Sämtliche erfassten Bedarfsgruppen wiesen im Februar höhere Sätze auf: Innert einem Monat stieg der Index für Bildung und Erholung um 2,6 Prozent, für Heizung und Beleuchtung um 2,5 Prozent, für Getränke und Tabakwaren um 2,3 Prozent, für Nahrungsmittel um 1,1 Prozent und für Verkehr um 1,0 Prozent.

Frühlingshafte

Ideen haben alle. Wir haben sie in

Mode

umgesetzt.

modehaus hannelore

Jeden Freitag Abendeinkauf bis 20.00 Uhr
Samstag durchgehend geöffnet
bis 16.00 Uhr